

Airbnb muss Nutzerdaten offenlegen

Münchener Behörde gewinnt vor Gericht

MÜNCHEN – Im Rechtsstreit über die Vermietung von Wohnungen an Touristen hat der Online-Vermittler Airbnb in München eine Niederlage erlitten. Die Plattform müsse die Identität der Vermieter an die Stadtverwaltung übermitteln, entschied das Verwaltungsgericht München in einem am Donnerstag bekannt gegebenen Urteil. Nur so könne Deutschlands drittgrößte Stadt Bußgelder gegen Gastgeber verhängen, die ihre Wohnung illegal als Urlaubsdomizil vermieten. Airbnb könne gegen das Urteil Berufung einlegen und müsse bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung keine Vermieterdaten preisgeben.

AirBnB sieht sich weltweit in einer Reihe von Städten dem Vorwurf ausgesetzt, zur Zweckentfremdung der ohnehin knappen Wohnungen durch die Vermietung an Touristen und Geschäftsreisende beizutragen. München verbietet Eigentümern und Mietern, ihre Wohnungen ohne Genehmigung länger als acht Wochen im Jahr an Gäste zu vermieten. Die bayerische Landeshauptstadt droht dafür Bußgelder von bis zu einer halben Million Euro an. Ähnlich wie die Münchner Richter hatte bereits im März das Verwaltungsgericht Berlin argumentiert, als Airbnb sich gegen Auskunftsforderungen der Stadtverwaltung wehrte. Allerdings gewann Airbnb diesen Prozess, weil die Richter entschieden, dass sich die Stadt an die falsche Niederlassung des US-Konzerns gewandt habe. Verantwortlich sei nicht die deutsche, sondern die irische Tochtergesellschaft.

Airbnb-Mitgründer Nathan Blecharczyk sagte dem „Handelsblatt“, seiner Ansicht nach müsse es Regeln geben, die sein Unternehmen gemeinsam mit den Städten erarbeiten wolle. Erstmals äußerte er sich auch zu Zahlen für das Deutschlandgeschäft. Allein in den zwölf Monaten bis Ende Juni hätten 3,6 Millionen Menschen Airbnb genutzt, um nach Deutschland zu reisen, so Blecharczyk. „Umgekehrt sind fast sieben Millionen aus Deutschland heraus über Airbnb in die ganze Welt gereist.“ Im Kerngeschäft mit Home-Sharing verzeichne Airbnb inzwischen 400 Millionen Gäste. tr

Herr Wieland, wie weit ist die im Frühjahr angekündigte Fusion von Wintershall mit der DEA Deutsche Erdöl AG?

Die Verträge für den Zusammenschluss sind unterschrieben, jetzt laufen die externen Genehmigungsverfahren, mit deren Abschluss wir im ersten Halbjahr 2019 rechnen. Dann werden wir der größte unabhängige Öl- und Gasförderer aus Europa sein. Mit weltweiten Wachstumsprojekten in der Pipeline.

Welche sind das?

Wir bauen etwa unsere Produktion in Russland weiter aus. In Sibirien arbeiten wir seit 15 Jahren zusammen mit Gazprom und fördern hier erfolgreich Erdgas. Aktuell erschließen wir hier noch ein weiteres Gasfeld. In Norwegen entwickeln wir das Projekt Nova und in Argentinien bewerten wir das Potential der Unconventionals. Dea wiederum wird etwa vielversprechende Aktivitäten in Ägypten mit in den Zusammenschluss einbringen.

Der Ölpreis ist lange gestiegen und jetzt in kurzer Zeit stark gefallen, was auch den Gasmarkt stark beeinflusst. Was hat das für Auswirkungen auf Wintershall?

Unsere Projekte hängen nicht vom aktuellen Preis ab, sondern müssen sich allein schon wegen der Volatilität der Preise, aber auch der Langfristigkeit der Projekte, in unterschiedlichen Szenarien rechnen. Beim norwegischen Ölfeld „Maria“ etwa sind wir eingestiegen, als der Ölpreis noch am Boden war.

In Deutschland soll bald ein LNG-Terminal gebaut werden, um verflüssigtes Erdgas importieren zu können. Sie sind dagegen. Warum?

Wir sind keineswegs dagegen! Wir wollen uns nur nicht daran beteiligen. Denn es gibt in Westeuropa schon genügend Terminals, die nicht ausgelastet sind. Und die etwa in den Benelux-Ländern liegen, so nahe, dass sich Deutschland gut von dort aus versorgen ließe. Wir glauben aber nicht, dass LNG im Wettbewerb mit Pipelinegas konkurrieren kann.

Erzählen Sie das mal Donald Trump, der unbedingt amerikanisches LNG nach Europa verkaufen will.

Diversifikation ist grundsätzlich immer zu begrüßen und die dafür notwendigen freien Kapazitäten sind vorhanden. Aber

„Wir werden die Größten sein“

Wintershall-Vorstand Thilo Wieland über die Ölförderung in Russland, die Kritik an Nord Stream 2 und große Pläne



Der Förderspezialist. Thilo Wieland warnt vor der Gefahr, dass in Europa die Gasförderung sinkt, während die Nachfrage konstant bleibt. Das Gespräch führte Felix Wadewitz. Foto: Wintershall/Frank Schinski/OSTKREUZ

gerade LNG aus den USA ist im Moment zu teuer, um eine Chance gegen günstigeres Pipelinegas zu haben. Deshalb sind wir da skeptisch.

Die Kritik an der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2, an der sich Wintershall finanziell beteiligt, reißt nicht ab.

„Wir sind von Sanktionen nicht betroffen“

Wir betrachten das rein wirtschaftlich. Schauen Sie sich die Eckdaten an: Die Produktion in Europa sinkt, etwa durch das Aus für das große niederländische Gasfeld in Groningen. Gleichzeitig bleibt der Gasbedarf in den nächsten Jahren etwa gleich. 2030 gibt es einen prognostizier-

ten Importbedarf von 400 Milliarden Kubikmeter Erdgas.

Und das kann nur russisches Gas? Was ist mit Norwegen, Nordafrika, dem kaspischen Raum?

Diese Regionen, in denen wir ja auch aktiv sind, sind alle wichtig für eine breite Importbasis. Die spielen für die Versorgung Europas eine Rolle. Aber wenn Sie sich die Karte anschauen, dann sehen Sie, dass die Ostsee-Pipeline der kürzeste und damit ökonomischste Weg ist, um große Mengen Gas zu transportieren. Der ökologische Fußabdruck ist auch geringer – durch die kurzen Wege, aber auch, weil wir das Gas in den Unterwasser-Leitungen stärker verdichten können als an Land.

Wünschen Sie sich in der Russland-Debatte eher mehr oder weniger politische Flankierung?

Wir nehmen das ernst und beobachten die Entwicklungen, sind aber etwa von Sanktionen nicht betroffen. Von der Politik wünschen wir uns einen verlässlichen, stabilen Rahmen. Egal, wo wir fördern, wir sind ja immer Jahrzehnte vor Ort.

„Wenn wir die Klimaziele ernst nehmen, kommen wir an Erdgas nicht vorbei“

Von stabilen Verhältnissen können Sie in vielen Ländern nur träumen, etwa in Libyen.

Dort ist die Lage wirklich schwierig. Unser Offshore-Projekt 70 Kilometer vor der Küste ist von den Kämpfen zwar nicht betroffen, aber im Inland sieht es anders aus. Die Infrastruktur, die wir

ZUR PERSON

FUNKTION

Dipl.-Wirtschaftsingenieur Thilo Wieland ist seit Dezember 2015 Vorstandsmitglied der Wintershall und für die Aktivitäten im Ressort Exploration und Produktion Russland, Nordafrika und Südamerika zuständig.

PROJEKTE

Seit August 2017 managt er die Aktivitäten der Wintershall-Gas-transportprojekte, darunter die Ostsee-Pipeline Nord Stream und Nord Stream 2 sowie ihre Onshore-Einheiten OPAL und NEL.

WERDEGANG

Nach dem Studium der Wirtschaftsingenieurwissenschaften an der TU Berlin begann er 1999 seine Laufbahn beim Wintershall Erdgas Handelshaus in Berlin.

etwa brauchen, um unser Öl an einen Pipelinebetreiber zu übergeben, ist immer wieder ein Problem. Das spüren wir natürlich, die Förderung schwankt dementsprechend. Aber weiterhin sind 470 libyschen Kollegen vor Ort aktiv.

Wie ist die Gas-Infrastruktur in Europa für neue Importrouten und eine steigende Nachfrage aufgestellt?

So gut wie keine andere Weltregion, würde ich sagen. Die Interkonnectoren, also die grenzüberschreitenden Leitungen, wurden ausgebaut und modernisiert, so dass der europäische Gasmarkt nahezu vollständig vernetzt ist. Und wenn es neue Importentscheidungen gibt, wird automatisch auch überprüft, wie die Infrastruktur dafür ausgelegt ist. So kam es etwa zur Entscheidung, die Eugal-Leitung zu bauen, die das Gas aus Nord Stream 2 an Land weiterleitet

Sie trommeln gerade für einen stärkeren Einsatz für Erdgas, etwa bei der Stromerzeugung, um den Klimaschutz voranzubringen. Das ist für ein Unternehmen, das sein Geld mit Gas verdient, nicht ganz uneigennützig, oder?

...klar, aber ich sage auch aus vollster Überzeugung: Wenn wir die Klimaziele ernst nehmen und erreichen wollen, kommen wir an Erdgas nicht vorbei! Bei der Energiewende wurden Technologien subventioniert ohne die Klimaziele zu berücksichtigen. Aktuell wird rund 40 Prozent des Stroms in Deutschland durch Kohle erzeugt, der Anteil von Gaskraftwerken liegt dagegen bei 13 Prozent. Aber Braunkohlekraftwerke verursachen bei der Stromerzeugung dreimal so viel CO₂ wie Erdgaskraftwerke. Das ist klimapolitisch grotesk.

In den Kohleregionen wie der Lausitz findet man es eher grotesk, einen der wenigen florierenden Wirtschaftszweige auszubremmen.

An einigen deutschen Standorten von Kohlekraftwerken ließen sich kostengünstig Gaskraftwerke errichten, da Teile der Anlagen und Infrastruktur weiter genutzt werden können. Das sieht auch die Kohlekommission so und macht in ihrem Zwischenbericht erste entsprechende Vorschläge für die Lausitz. Der Umbau der Kohle- zu Gaskraftwerken wäre also nicht nur für das Klima, sondern auch für die Menschen in den Regionen gut.